

Muttenz, 20. Februar 2019

Medienmitteilung

FDP Baselland sagt deutlich Ja zur nationalen Steuerreform und zur Umsetzung der neuen EU-Waffenrichtlinie und begrüsst das klimapolitische Vorgehen von Petra Gössli, Präsidentin FDP Schweiz

- **Ohne Gegenstimme Ja-Parole für die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) sowie eine klare Zustimmung zur neuen EU-Waffenrichtlinie**
- **Ohne Gegenstimme wurden die beiden kantonalen Bildungsinitiativen abgelehnt**
- **FDP Baselland begrüsst die von der FDP Schweiz angekündigte Umfrage zur Klima- und Umweltschutzpolitik der FDP Schweiz**
- **Erste Erfahrungen mit dem «Door-to-Door» Wahlkampf sind bisher sehr positiv**
- **Mit «Politik macht Schule - im Dialog mit Monica Gschwind» lanciert die FDP am 25. Februar 2019 ein neues Event-Format**

Saskia Schenker, Präsidentin a.i. der FDP Baselland, hat den Parteitag in Muttenz mit den Worten eröffnet: «Eine moderne Umwelt- und Energiepolitik sollte nicht daran gemessen werden, wer wieviel fordert, sondern dass Ziele und Massnahmen wirkungsvoll sind und umgesetzt werden. Wir wehren uns dagegen, wie die FDP nach dem nationalrätlichen Entscheid gegen das CO₂-Gesetz dargestellt wurde. So hat die FDP nach mehrheitsfähigen und machbaren Lösungen gesucht. Wir wissen aus eigener Erfahrung, dass es Massnahmen braucht, die mehrheitsfähig sind. So hat die FDP Baselland bei der Totalrevision des Energiegesetzes eine massgebliche Rolle gespielt. Für die FDP gehört zur Selbstverantwortung auch der sorgfältige Umgang mit den Ressourcen und dem Klima.» Und weiter: «Die FDP Baselland begrüsst es daher sehr, dass die Mutterpartei eine Umfrage bei der Basis zu den Themen Klima- und Umweltschutzpolitik plant.»

Mit viel Schwung und mit neuen innovativen Instrumenten ist die FDP in den kantonalen Wahlkampf gestartet. «Wir haben kompetente Kandidierende sowie überzeugende Positionen und wir sind die richtige Partei, um Innovationen in unserem Kanton zu fördern und fordern», so die Interimspräsidentin. Am 25. Februar 2019 lanciert die FDP Baselland laut Kommunikationsleiter Daniel Piller zudem ein neues Event-Format: «Der Anlass «Politik macht Schule - im Dialog mit Monica Gschwind» setzt auf den direkten Dialog, und dies vor, während und nach dem Event. Online und vor Ort können Schülerinnen, Schüler, Eltern und Bildungs-Interessierte ihre Fragen zur Bildungspolitik direkt an die Bildungsdirektorin richten.» Hier finden Sie weitere Informationen, können sich anmelden sowie Fragen an Monica Gschwind stellen: <https://www.monica-gschwind.ch/dialog/>

Neben dem Wahlkampf standen vor allem die Parolenfassung für zwei nationale und zwei kantonale Vorlagen im Fokus des gut besuchten Parteitages. Über alle vier Vorlagen wird am 19. Mai 2019 abgestimmt. Ohne Gegenstimme unterstützt die FDP Baselland die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF). Den Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Richtlinie (EU) unterstützt die FDP mit grossem Mehr. Ohne Gegenstimme lehnen die Freisinnigen die beiden kantonalen Bildungsinitiativen ab: «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» sowie «Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen!».

Nationalrätin Daniela Schneeberger betonte die grosse wirtschaftliche Bedeutung der STAF Vorlage: «Die Vorlage ebnet den Weg, damit unser Wirtschaftsstandort auch in Zukunft attraktiv und

wettbewerbsfähig bleiben kann. Mit dieser Reform wird nicht nur die Standortattraktivität gesichert, sondern auch die notwendige Rechts- und Planungssicherheit im Interesse von hunderttausenden Arbeitsplätzen in der Schweiz gewährleistet. Aus diesen Gründen ist auch der Finanzierungsbeitrag für die AHV vertretbar.» Ein wichtiger Pfeiler des Schweizer Wohlstands steht laut Schneeberger bei einer Ablehnung auf dem Spiel. Im Ausland tätige Firmen würden mit bald sechs Milliarden Franken die Hälfte der Firmensteuern des Bundes ausmachen. Diese Firmen seien ein direkter Arbeitgeber für mehr als hunderttausend Menschen. Gleichzeitig betonte Schneeberger, dass somit die strukturelle AHV Reform nicht vom Tisch ist: «Der Finanzierungsbeitrag an die AHV ersetzt auf keinen Fall die dringend notwendige AHV-Reform mit ausgabenseitigen und strukturellen Massnahmen.»

Landrat Marc Schinzel legte die Argumente für die Übernahme und Umsetzung der neuen EU-Waffenrichtlinie dar: «Es macht Sinn, sich für ein Waffenrecht einzusetzen, das die Schengen-Mitgliedschaft der Schweiz nicht aufs Spiel setzt. Die stark exportorientierte Wirtschaft und die Tourismusbranche haben von der Schengen-Mitgliedschaft sehr profitiert. Laut einer vom Bundesrat in Auftrag gegebenen Studie kann bei einer Kündigung des Abkommens ein jährlicher Einkommensverlust von bis zu 10,7 Milliarden Franken drohen. Bei den Exporten muss mit einem Rückgang von bis zu 5,6 Prozent gerechnet werden. Das wirkt sich direkt auf den Wohlstand der Bevölkerung aus.» Und weiter: «Ein Nein würde zudem das Verhältnis zu unserem wichtigsten Handelspartner generell belasten. Das ist für eine Exportnation wie die Schweiz sehr nachteilig.» Ohne Gegenstimme fassten die Freisinnigen die Ja-Parole für die Steuervorlage und stimmten der neuen EU-Waffenrichtlinie deutlich zu.

Landrätin Jacqueline Bader-Rüedi äusserte sich zu den beiden kantonalen Bildungsinitiativen: «Bildungsressourcen gerecht verteilen und für das Wesentliche einsetzen!» und «Stopp dem Abbau an öffentlichen Schulen!». Die erste Initiative, die neue starre «Sparregeln» für das Bildungswesen vorsieht, wurde laut Bader-Rüedi sowohl von der Regierung wie auch vom Landrat deutlich abgelehnt: «Es besteht kein Handlungsbedarf, da die Bildungsqualität im Kanton Baselland im interkantonalen Vergleich gut ist. Es stehen für das Bildungswesen angemessene finanzielle Mittel zur Verfügung. Von 2010 bis 2016 haben die Bildungsausgaben des Kantons und der Einwohnergemeinden um rund 5 Prozent zugenommen». Und weiter: «Diese «Sparregeln» würden den Handlungsspielraum des Kantons und der Gemeinden einschränken. Einsparungen bei interkantonalen Bildungsprojekten könnten zudem zu Mehrkosten und zu Abstrichen bei der Bildungsqualität führen.» Der Regierungsrat und der Landrat lehnten laut Bader-Rüedi auch die zweite Gesetzesinitiative ab: «Auch mit dieser Gesetzesinitiative würden im Bildungsbereich neue starre und unzweckmässige Vorschriften eingeführt. Einzelne Bildungsbereiche sollen im Vergleich zu anderen Bildungsbereichen, aber auch zu anderen staatlichen Aufgaben wie Gesundheit, Sicherheit, oder Soziales, nicht bevorzugt behandelt werden. Auch dort gelten keine Sonderregelungen mit Zweidrittelmehrheiten des Landrats.» Und weiter: «Zugleich würden die Entscheidungsmöglichkeiten der Stimmbürger eingeschränkt, da eine Vorlage nur beim Erreichen der 2/3-Mehrheit vor das Volk käme.» Ohne Gegenstimme sprachen sich die Freisinnigen gegen die beiden kantonalen Bildungsinitiativen aus.

Kontakt:

Saskia Schenker, Landrätin, Präsidentin a.i. FDP Baselland, 079 212 78 65

Daniel Piller, Leiter Kommunikation FDP Baselland, 079 341 36 78